

TOP 2: Bundesratsinitiative „Einwanderungsgesetz“

- Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz -

Beschluss:

1. Der Ministerrat beschließt, den beigefügten Entschließungsantrag „Für ein Einwanderungsgesetz: Einwanderung offensiv gestalten und effektiv regeln“ gemeinsam mit dem Land Niedersachsen in den Bundesrat einzubringen.
2. Das Land beantragt, ihn auf die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 23.09.2016 zu setzen und anschließend den Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen. Optional kann in Übereinstimmung mit den mitantragsstellenden Ländern eine sofortige Sachentscheidung beantragt werden.
3. Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz erhält gemeinsam und in Abstimmung mit der Staatskanzlei, dem Ministerium des Innern und für Sport, dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie und dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau im Hinblick auf das weitere Verfahren mit anderen Ländern Redaktionsvollmacht.

Erläuterungen:

Der Ministerrat fordert in seinem Antrag zum Einwanderungsgesetz gemeinsam mit anderen Ländern die Bundesregierung auf, zeitnah einen Entwurf für ein Einwanderungsgesetz vorzulegen. Inhaltlich wird an den Entschließungsantrag „Einwanderung gestalten – Einwanderungsgesetz schaffen“ (BR-Drs. 70/15 vom 25. Februar 2015) angeknüpft, dem die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein als Antragsteller beigetreten waren. Ein Beschluss des Bundesrates wurde bislang nicht gefasst. Die aktuelle Bundesratsinitiative greift die Diskussion erneut auf und dient zugleich der Umsetzung der im Koalitionsvertrag vom 17. Mai 2016 (Seite 72) enthaltenen Festlegungen zur Einwanderungspolitik.